

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 171 (2005)
Heft: 9

Rubrik: Pro und Contra : ist das Teilstreitkräftekonzept für die Schweizer Armee zweckmässig?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ist das Teilstreitkräftekonzept für die Schweizer Armee zweckmässig?

In der nächsten Nummer:

«Wäre eine zahlenmässige Reduktion der Armee zu verantworten, wenn subsidiäre Unterstützung der Polizei auf ausserordentliche Lagen beschränkt bliebe?»

Seit der Realisierung der Armee XXI auf den 1. Januar 2004 spricht man auch in der Schweizer Armee von den beiden Teilstreitkräften Heer und Luftwaffe. In den seither erfolgten Anpassungen der Armee wurde das Konzept der Gliederung in Teilstreitkräfte immer wieder hinterfragt.

In einer Verlautbarung des VBS wurde festgehalten, dass sich aus der Zusammenführung der bisherigen Teilstreitkräfte ein mögliches Einsparpotenzial ergebe. Das VBS werde diese Frage prüfen und dem Bundesrat bis zum Frühjahr 2006 entsprechende Anträge stellen.

Ihre Auffassung zu dieser Grundsatzfrage interessiert uns. Ihre Stellungnahme erwarten wir bis zum 20. September unter: Louis Geiger, Obstgartenstrasse 11, 8302 Kloten, Fax 044 803 07 59 oder E-Mail: louis.geiger@asmz.ch.

Die Veröffentlichung erfolgt in der ASMZ Nr. 11/2005.



Foto: ZEM



Foto: Schweizer Luftwaffe

Entspricht die Beteiligung an «Partnership for Peace» den Interessen unserer Sicherheitspolitik? (Frage aus Nr. 6)

Nach bald zehnjähriger Mitwirkung der Schweiz an «Partnership for Peace» ist das hysterische Geschrei um die Gefährdung unserer Neutralität weit gehend verstummt. Jedenfalls hinterlässt es keine Spuren in den nachstehenden Stellungnahmen. Diese betonen übereinstimmend die strategischen Vorteile dieser internationalen Zusammenarbeit.

Die wichtigste Aussage gleich zu Beginn: Je mehr wir unsere militärischen Kräfte herunterfahren, desto zwingender werden wir Partner brauchen oder wenn möglich gar dazu gezwungen werden. Das Stichwort Partner führt einen Schritt weiter zur Antwort. Global ist die Völkergemeinschaft, verkörpert durch die UNO, ein Partner der Schweiz. Diese Verbindung funktioniert seit Jahren zur gegenseitigen Zufriedenheit. Wir stellen nach wie vor für heikle UNO-Mandate unbewaffnete Blaumützen zur Verfügung. Kontinental können wir vier europäische Partner haben. Die NATO, die EU, die OSZE und die Gruppe der Neutralen (Schweden, Österreich, Finnland). Die Kooperation mit den Neutralen hat Tradition und klappt bei gemeinsamen Rüstungsinteressen und der militärischen Ausbildung gut. Dagegen können wir nicht mithalten, wenn es darum geht, unsere neutralen Partner in ihren grosszügig konzipierten und permanenten Auslandseinsätzen ernsthaft zu begleiten. Während im Rahmen der OSZE unsere ersten unbewaffneten (Gelbmützen im Ausland (Balkan) erfolgreich eingesetzt waren, sind auf der Seite der EU wichtige Voraussetzungen für gemeinsame Einsätze nicht oder erst in sehr zögerlichen Ansätzen vorhanden. Dieser Zustand wird durch die aktuelle Diskussion um die Zukunft der EU kaum bald besser werden. Bleibt als europäisch verankerter Partner noch die NATO. Solange die EU aus ihrer sicherheitspolitischen Schwäche nicht herausfindet, bleibt die NATO der einzige militärisch glaubwürdige Partner. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die NATO selbst an ihrer Zukunft arbeitet. Die feste Verbindung der NATO mit den USA stellt zudem strategische Möglichkeiten sicher, die ohne die USA nicht denkbar sind. Die Konflikte der letzten Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die europäischen Streitkräfte bezüglich strategischer und taktischer Transportkapazitäten, Aufklärung und Führung (C⁴I) und präziser Zerstörungskraft kaum mithalten können.

Etwas militärischer gedacht, nähern wir uns dem letzten Schritt der Antwortfindung. Man sagt, der Erfolg von Streitkräften hänge von drei Faktoren ab: Motivation, Ausrüstung, Ausbildung. Motivation hat mit Idealen und Vertrauen zu tun. Der Soldat unserer Breitengrade dürfte in seiner Mehrheit den Grundwerten des christlichen Abendlandes zugeneigt sein. Die Werte Menschenwürde, De-

mokratie und Gerechtigkeit sind nach wie vor gute Wegweiser in einer turbulenten Welt. Wir vertrauen (noch) auf diese Werte, deren Bedeutung auch von den grossen NATO-Mitgliedern geteilt wird. Eine Zusammenarbeit in der NATO, wie im Rahmen von PffP, kann sich somit auf gemeinsame Wertevorstellungen stützen. Es ist spannend zu hören, wie z. B. in gemeinsamen Stabsübungen diese Atmosphäre zu spüren ist. Dieser immaterielle Aspekt ist von eminenter Bedeutung, dazu braucht man nicht einmal die Geschichte der beiden verflochtenen Jahrhunderte zu bemühen. Wir sollten also motiviert sein, in PffP mitzumachen.

Unsere Ausrüstung wird immer weniger, dafür immer teurer. Die technologische Entwicklung folgt nicht unseren Wünschen, sondern wird durch eine globale Welt bestimmt. Diese muss aus wirtschaftlichen Gründen eine möglichst hohe technische Einheitlichkeit anstreben. Taktgeber dafür sind die westlichen Industrienationen. Nicht weiter erstaunlich also, dass die NATO hier vorne mitzieht. Wenn wir den Pfad der rüstungstechnischen Tugend ohne Helvetisierungen weitergehen, werden wir eher früher als später, nur noch NATO-kompatible Rüstungsgüter angeboten bekommen. Wir haben also ein Interesse daran, uns im Rahmen PffP möglichst viel Wissen dazu zu erwerben.

Bleibt die Ausbildung als Faktor gemeinsamer Interessen. Moderne, vor allem weit reichende Waffensysteme brauchen grossflächige Übungs- und Testräume. Dieses Erfordernis kann zwar heute teilweise, mit ausgeklügelten Simulatoren erfüllt werden. Aber eben nur teilweise, und damit bleibt das Bedürfnis, im Ausland entsprechende Ausbildungsgelände und kompatible Infrastrukturen benutzen zu können. Die Auswertungen solcher Übungen zeigen, dass neben dem eigentlichen Ausbildungsziel menschliche und technische Kenntnisse erworben werden, die für solche Partnerschaften einen zusätzlichen Sinn machen.

Nun ist es nicht angebracht, sich seiner eigenen Beiträge zu rühmen. Immerhin darf in aller Bescheidenheit und mit Freude festgestellt werden, dass die PffP-Beiträge der Schweiz willkommen sind. Ganz besonders trifft dies dort zu, wo wir als Spezialisten weltweit gefragte Sonderleistungen erbringen können. Selbstverständlich ist PffP, wie jede andere Partnerschaft auch, nicht zwingend für die

Ewigkeit geschaffen. Dennoch gibt es heute im Rahmen der schweizerischen Sicherheitspolitik, was immer diese eben gerade ist, keine ernsthafte Alternative zu PfP, wenn man auf militärische Effizienz und politisches Vertrauen aufbauen will.

J.P. Peternier, vormalig stv. Generalsekretär VBS

.....

Eine Partnerschaft wird aus verschiedenen Gründen eingegangen und gelebt. Meist steht das Zusammen- oder Nebeneinanderleben im Vordergrund. Sie ist auch ein Instrument, das die praktische Zusammenarbeit regelt und fördert.

Im November 1996 ist die Schweiz der Partnerschaft für den Frieden (PfP) beigetreten. Die Schweiz erachtet PfP als ein zentrales Element der europäischen Sicherheitsarchitektur. Mit dem sicherheitspolitischen Bericht 2000 unter dem Motto «Sicherheit durch Kooperation» zog die Landesregierung strategische Konsequenzen aus der veränderten Bedrohungslage und der angepassten internationalen Sicherheitspolitik. Die Partnerschaft beruht auf den Grundprinzipien der Freiwilligkeit und der Selbstdifferenzierung und ist dadurch mit der schweizerischen Neutralität grundsätzlich vereinbar. Die PfP ist einerseits ein politisches Instrument, andererseits bietet sie eine wichtige Plattform, um sich an den Bemühungen um kollektive Sicherheit zu beteiligen, und hilft bei der fortlaufenden Modernisierung der Armee. Sie fördert die zivile und militärische Zusammenarbeit, mit der sich Zivilbehörden und die Armee auf die Bewältigung internationaler Krisen vorbereiten.

Mit der NATO-Erweiterung wurden die meisten ehemaligen europäischen PfP-Staaten in die Allianz aufgenommen. Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern zwischen dem Atlantik und der ukrainischen Grenze, die weder der EU noch der NATO angehören. Sie hat sich, in gewissem Sinne, ohne eigenes Dazutun neutralisiert. Nostalgiker der autonomen Landesverteidigung, mit klar umrissener militärischer Bedrohung (aus dem Kalten Krieg), mag das freuen. Die Realität sieht anders aus.

In absehbarer Zeit ist eine existenzielle Bedrohung der Schweiz durch militärische Machtmittel eher unwahrscheinlich. Die meisten Bedrohungsszenarien sind von grenzüberschreitender Natur. Durch die Globalisierung gewinnt ein gemeinsames Vorgehen gegen den Handel mit Menschen, Drogen, Geld, Waffen und geistigem Eigentum an Wichtigkeit. Innerstaatliche Konflikte, korrupte Strukturen, «Warlords», schwache Staaten oder «Failed States» usw. prägen die Krisen der vergangenen Jahre. Neue Themenbereiche wie Aufbau von Verteidigungsinstitutionen, Förderung von Demokratisierungsprozessen, Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Einsätze zur Krisenbewältigung haben eine sehr hohe Priorität. Mit dem globalen Terrorismus und der Ausnutzung der Verwundbarkeit der zivilen Infrastrukturen moderner Staaten wird der, meist asymmetrische Kampf, ins Zentrum der westlichen Gesellschaft getragen.

PfP, Tsunami, G8-Gipfel und Swisscoy. Was haben Sie gemeinsam? Die schweizerische Armee arbeitet erfolgreich mit internationalen, zivilen und militärischen Institutionen zusammen. Sei dies nun als subsidiärer Armeeinsatz zur Unterstützung ziviler Kräfte auf dem Gebiet des Konferenzschutzes (G8-Gipfel), zur Unterstützung humanitärer Hilfe (Sumatra) oder als Beitrag für die militärische Friedensförderung im Kosovo.

Die Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilnahme der Schweizer Armee an friedenerstützenden Operationen (PSO) bildet die Interoperabilität, das heisst Kooperationsfähigkeit. Mit der Erbringung von beschränkten, schwergewichtig logistischen Nischenbeiträgen hat sich die Schweizer Armee international etabliert. Doch gleichberechtigt sein, will auch heissen, vermehrt Chancen zu haben, einen aktiven Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten.

Die Partnerschaft für den Frieden ist ein zentrales Element, um diese Voraussetzungen zu erfüllen. Mit den militärischen und zivilen Kompetenzzentren leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag

im Rahmen der internationalen Sicherheitspolitik. Für 2005 sind ca. 250 Aktivitäten geplant. Beteiligt daran sind das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten, das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport und die Armee.

In Zukunft wird die Schweiz häufiger vor die Frage gestellt werden, welche Beiträge sie als UNO-Mitglied und als europäischer Staat zu internationalen Stabilisierungsmissionen im Kaukasus, im nördlichen Afrika und in Zentralasien leisten kann und will. Die Absichten der sicherheitspolitischen Reformvorhaben müssen daher laufend überprüft werden.

Die internationale Gesellschaft würde ein schweizerisches Abseitsstehen nicht verstehen. Hardliner, die der Neutralität ewige Treue schwören, sei geraten, sich zu überlegen, ob es gegenüber den heutigen Bedrohungen, z. B. Terrorismus, angebracht ist, sich neutral zu verhalten – unparteiisch ja.

Nicht jede Partnerschaft führt zwangsweise in eine institutionalisierte Form des Zusammenlebens. Ob für die Schweiz dieser Schritt innerhalb der NATO wirklich notwendig ist und vom Volk gewünscht wird, dürfte die Zukunft zeigen. Auf der anderen Seite ist ein Single-Dasein im heutigen sicherheitspolitischen Umfeld zwar ehrenwert, aber weniger erstrebenswert und kaum überlebensfähig.

Dominik Knill, Maj Ausb OfAZ SWISSINT

.....

Grundlage für die Beurteilung dieser Fragestellung sind die internationalen Ziele der schweizerischen Sicherheitspolitik «Sicherheit durch Kooperation», welche klar keinen NATO-Beitritt, aber ein aktives Engagement an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) seit Mitte der Neunzigerjahre bzw. in den letzten Jahren auch eine Mitarbeit im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) anstreben. Diese Ziele lauten: Mitwirkung im euro-atlantischen Sicherheitssystem, Ausnutzung von Synergien in Ausbildung und Rüstung, Verbesserung der Interoperabilität, Entgegnung der asymmetrischen Bedrohung.

Bis heute bewegen sich unsere internationalen Aktivitäten vor allem in den ersten zwei Bereichen, konkret neben den Engagements im vormaligen Jugoslawien zum Beispiel in der Mitarbeit von Staboffizieren im Rahmen der ISAF in Afghanistan, also in den neuen PfP-Schwerpunktregionen im Kaukasus und in Zentralasien. Für ein verstärktes Engagement in den anderen beiden Dimensionen hat die NATO mit dem PfP-Gefäss «Partnership Action Plan Mechanism» einen guten Rahmen geschaffen. Sie will die Kooperation in den Bereichen Grenzsicherheit, Terrorismusabwehr, Katastrophenhilfe, Finanzen, Umweltschutz usw. intensivieren. Die Schweiz sollte deshalb das bestehende Angebot auf Gebieten wie der Munitionsentsorgung bzw. Entminung, der Vermittlung des humanitären Völkerrechts sowie genereller sicherheitspolitischer Ausbildung durch die drei Genfer Zentren und Erfahrungen im Bereich der zivil-militärischen Kooperation weiter ausbauen und Teilnehmer aus den genannten PfP-Schwerpunktregionen einbeziehen.

Neben diesen Angeboten von Seiten der Schweiz geht es auch darum, das eigene Know-how zu stärken und unsere Milizsoldaten einzubinden, weil der geplante Ausbau des Auslandengagements im Reformschritt 2008–11 der Armee XXI sich nur durch ein aktives Mitwirken der Miliz realisieren lässt (Aufbau Bat usw.). Viele gute Angebote im Rahmen von PfP werden von Milizoffizieren noch zu wenig genutzt und wären eine Art «Trainingslager» im Vorfeld zu einem längeren militärischen Auslandsaufenthalt. Dies gilt vor allem für Kommando- und Stabsfunktionen, bei denen man vor Ort intensiv mit anderen Armeen zusammenarbeiten muss.

Meine eigenen Erfahrungen haben mir gezeigt, dass neben dem sicherheitspolitischen und militärischen auch ein persönlicher «Gewinn» aus einem PfP-Engagement resultiert. Man kann vielfältige

internationale Kontakte knüpfen, lernt andere Kulturen – wenn auch in einem militärischen Umfeld – kennen und ist ein «Botschafter» für unser Land, «produziert» also aktiv Sicherheit.

Sehr wichtig ist schliesslich, diese Politik, welche durch mehrere erfolgreiche Volksabstimmungen gestützt wird und einen integralen Bestandteil unserer Sicherheitspolitik darstellt, der Bevölkerung immer wieder aktiv zu kommunizieren. Es ist wichtig aufzuzeigen, dass solche Tätigkeiten im ureigenen Interesse unseres Kleinstaates sind, weil die heutigen Bedrohungen trotz Neutralität nicht mehr autonom abgewehrt werden können

Hptm Peter Allemann, ehemaliger UNO-Militärbeobachter sowie Teilnehmer an Pfp-Übungen/Seminaren

Zirka sieben Millionen Schweizer stehen sieben Milliarden Erdenbürgern gegenüber. Da erübrigt sich die Frage, ob wir anders sein können oder wollen. Aus dem Gesagten leitet sich auch ab, dass wir als Teilmenge des Ganzen in irgendeiner Form von allen Entscheidungen der Welt betroffen sind, auf der anderen Seite aber auch als Teil eines Systems uns verstehen dürfen. Dazu müssen wir uns aber bemerkbar machen, vor allem durch Taten und Leistung. Das gilt auch in der Frage der Sicherheit. Es ist legitim, gewisse Fragestellungen individuell zu lösen, in der Sicherheitsfrage hört das Territorium aber nicht an der Landesgrenze auf. Ohne die Individualität aufzugeben, macht es Sinn, im Verbund mit anderen Staaten das Problem Sicherheit anzugehen. Es ist ein Urbedürfnis des Menschen, sicher zu sein. Deshalb können wir auch annehmen, dass zivilisierte Völker dieses Bedürfnis teilen und wir damit Verbündete haben in der Abwehr von Bedrohungen, die wir nicht mehr ausschliesslich auf unserem Territorium lösen können. Leider läuft bei uns die Diskussion aber nicht immer sachlich ab. Ein Einsatz im Ausland schliesst die Bemühungen im Inland nicht aus, will heissen, dass wir auch schlagkräftige Mittel innerhalb unseres Territoriums zur Verfügung haben. Es gibt nicht das Entweder-oder, sondern das vernünftige und Erfolg versprechende Miteinander von konventioneller und bekannter Kriegführung und Pfp. Beides hat seinen Platz, um ein System «Sicherheit» für unser Land zu garantieren. Die Ausprägung, ob mehr Mittel hier in der Schweiz zur Verfügung stehen müssen oder mehr am Ursprungsort der möglichen Bedrohung, muss immer vom Bedrohungsbild selber und vom zu erwartenden Nutzen einer Massnahme abhängen. Dieser Findungsprozess ist von politischen und auch militärischen Faktoren geprägt und sollte auch so verstanden werden. Dazu braucht es Denkdisziplin aller Entscheidungsträger, nicht ideologische Wunschvorstellungen.

Es ist also richtig, wenn man gewisse Bemühungen zur Friedenserhaltung und Sicherheit unseres Landes fernab von hier ausübt. Zur obgenannten Disziplin gehört es aber auch, dass man nicht nur den Auftrag erteilt, sondern auch die Kompetenz und vor allem die Mittel für solche Aufträge spricht.

In diesem Punkte können und müssen wir besser werden, wenn diese Massnahmen zur Friedenserhaltung auch greifen sollen. Nur dabei sein ist zu wenig.

Oberstlt H. Battaglia, Dr. med.

Foto-Quellennachweis

In ASMZ Nr. 7/8 haben wir im Artikel «Generäle zu Gast in Genf» (S. 25/26) leider vergessen, zu erwähnen, wer die ausgezeichneten Fotos aufgenommen hat.

Es war Herr Hans-Peter Gutknecht, 3003 Bern.

Wir entschuldigen uns für unser Versehen und gratulieren Herrn Gutknecht zu den gelungenen Aufnahmen. G.

Der Standpunkt der ASMZ

Ein Staat, der sich im Bereich der Sicherheitspolitik durch internationale Zusammenarbeit Achtung und Respekt verschafft, erhöht damit die eigene Sicherheit, denn einerseits gewinnt er so das Vertrauen seiner Partner und, wenn nötig, auch deren Hilfsbereitschaft; zum andern nützt er damit die Gelegenheit, seine eigenen Ressourcen zur Selbstbehauptung nach aussen sichtbar zu machen. Das kann eine dissuasive Wirkung erzeugen. In den vorliegenden Kommentaren kommt indessen übereinstimmend zum Ausdruck, dass sich unsere Leistungen in diesem Zusammenhang bescheiden ausnehmen, dass wir gut beraten wären, mehr zu leisten, und dass wir über Kapazitäten verfügen, die im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit sinnvoll genutzt werden könnten.

Im Hinblick auf den eigenen strategischen Nutzen dieser Zusammenarbeit gilt es namentlich zu bedenken, dass die taktischen und technischen Anforderungen, die beispielsweise im Rahmen friedensunterstützender Einsätze in Krisenregionen bewältigt werden müssen, weit gehend identisch sind mit dem, was unsere Truppen gegebenenfalls im Rahmen der operativen Raumsicherung, insbesondere zum Schutz gefährdeter Grenzregionen, zu leisten hätten. Der Einsatz in einer fremden Krisenregion erweist sich damit als optimale Trainingsgelegenheit für mögliche Operationen im eigenen Land. Fe ■

Gelesen

in «Le Temps» vom 16.8.2005 unter dem Titel «Feu roulant sur les tirs obligatoires» von Laurent Nicolet: «L'unique raison pour maintenir les tirs obligatoires, c'est la nostalgie, et on ne construit pas l'avenir avec la nostalgie.» G.

Anzeige



**new
ambrosetti**
TECHNOLOGIES

- Landing gears, brakes and wheels for aircraft and helicopters.
- Components for aeronautics and space.

CH-6928 Manno, Switzerland

Phone (091) 611 16 16

Telefax (091) 611 16 06

Info@newambrosetti-tech.com